

AfD-Bundestagsfraktion zum Hebammentag

Am 5. Mai war der Internationale Tag der Hebammen.

Dieser wichtigen Berufsgruppe gehört mit ihren Leistungen für die Gesellschaft mehr Beachtung geschenkt, als das zurzeit der Fall ist. Da ist zum Beispiel die Debatte um die Haftpflichtversicherungsbeiträge, welche für Hebammen eine außerordentliche Belastung darstellen und ihre Berufsausübung kaum noch durchführbar macht. So beläuft sich ab dem 1. Juli 2019 der Jahresbeitrag auf über 8.600 €. Zwar gibt es seit 2014 den sogenannten „Sicherstellungszuschlag“, zu beantragen beim GKV-Spitzenverband, dieser ist aber nur ein Notpflaster, auch ist die Beantragung mit erheblichem bürokratischem Aufwand verbunden. Zudem ist fraglich, ob es ab 2021 überhaupt noch Versicherer geben wird, die diesen Berufszweig absichern.

Derzeit ist man vonseiten der Regierung damit beschäftigt, eine EU-Verordnung bezüglich der Hebammenausbildung umzusetzen. Ab Januar 2020 soll die Hebammenausbildung akademisiert werden, was auch im Sinne der Berufsfachverbände ist. Grundsätzlich steht die AfD einer umfassenden Akademisierung einer gesamten Berufsgruppe kritisch gegenüber. Im Fall der Hebammen allerdings ist diese Initiative zu befürworten. Damit bekommt die Geburtshilfe einen Status, der ihrer Verantwortung entspricht, denn: eine natürliche Geburt darf ohne Arzt erfolgen, nicht jedoch ohne Betreuung einer Hebamme. Es sollten die jetzt tätigen Fachkräfte an der Ausarbeitung des Hebammenreformgesetzes beteiligt werden, um auch deren Erfahrungen mit einfließen zu lassen. Wir benötigen die Einrichtung einer ausreichenden Anzahl an Studienplätzen, möglichst mehr als die derzeit etwa 2000 Ausbildungsplätze. Diese sollten auf zahlreiche Standorte und Bundesländer verteilt werden. Denn es ist ein unhaltbarer Zustand für das

deutsche Gesundheitssystem, dass Frauen mit Wehen wegen Hebammenmangels am Kreißaal abgewiesen werden und ihre Geburt schlimmstenfalls im Auto erleben müssen oder in einigen Regionen nachgeburtliche Versorgung nur für einen Teil der jungen Mütter stattfinden kann.

Detlev Spangenberg, MdB